

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung**

Betreff: Beratende Mitglieder in Ausschüssen des Gemeinderats

Bezug: Antrag 565/2009 der SPD-Fraktion

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Koordinationstreffen Tübinger Behindertengruppen jeweils einen Sitz als beratendes Mitglied (incl. Stellvertretung) im

- Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung
- Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung

anzubieten.

Begründung:

Die SPD-Fraktion hat beantragt, für den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung und den Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des Koordinationstreffens Tübinger Behindertengruppen zu benennen.

Bisher sind bereits Vertreter (mit Stellvertretung) für den Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport und den Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt benannt.

In § 40 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse geregelt. In § 40 Abs. 1 Satz 4 heißt es:

"In die beschließenden Ausschüsse können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder berufen werden; ihre Zahl darf die der Gemeinderäte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen; ..."

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung unterstützt diesen Antrag auf dauerhafte Berufung von weiteren beratenden Mitgliedern in diese beiden Ausschüsse nicht. Sie hält es für angemessen, das Koordinationstreffen Tübinger

Behindertengruppen im Einzelfall gezielt zur Beratung einzelner Angelegenheiten entsprechend § 33 Abs. 3 Gemeindeordnung hinzuzuziehen.

Die Verwaltung sieht darin das Anliegen des Koordinationstreffens Tübinger Behindertengruppen besser aufgehoben.